

**Kurzgutachten zur erforderlichen Form einer Antwort
auf Anfragen aus der Gemeindevertretung an den
Gemeindevorstand/Bürgermeister**

Verfasser:

Rechtsanwalt Dr. Tobias Timo Weitz
Rechtsanwälte Lankau, Dr. Weitz & Kollegen
- Partnerschaftsgesellschaft -
Hilpertstraße 3
64295 Darmstadt

I. Aufgaben-/Fragestellung

Es gilt die Frage zu klären, in welcher Form der Gemeindevorstand/Bürgermeister Anfragen der Gemeindevertreter zu beantworten hat.

II. Zur gesetzlichen Ausgangslage

Das Fragerecht der Gemeindeabgeordneten ist in § 50 Abs. 2 HGO als Instrumentarium der der Gemeindevertretung obliegenden Überwachung der gesamten Gemeindeverwaltung (vgl. § 50 Abs. 2 S. 1 HGO) geregelt. § 50 Abs. 2 S. 4 u. 5 HGO lauten:

„Die Überwachung erfolgt [...] durch Ausübung des Fragerechts zu den Tagesordnungspunkten in den Sitzungen der Gemeindevertretung, durch schriftliche Anfragen und aufgrund eines Beschlusses der Gemeindevertretung durch Übersendung von Ergebnisniederschriften der Sitzungen des Gemeindevorstands an den Vorsitzenden der Gemeindevertretung und die Vorsitzenden der Fraktionen. Der Gemeindevorstand ist verpflichtet, Anfragen der Gemeindevertreter und der Fraktionen zu beantworten.“

III. Rechtliche Stellungnahme

1. Form der Beantwortung von Fragen in Ausübung des Fragerechts nach § 50 Abs. 2 HGO

Das Fragerecht eines Gemeindevertreters aus § 50 Abs. 2 S. 4 HGO gliedert sich wie folgt:

1. (Mündliche) Ausübung des Fragerechts zu den Tagesordnungspunkten in den Sitzungen der Gemeindevertretung (auch, soweit es sich um Weisungsaufgaben

[VGH Kassel, B. v. 25.5.1987 - 2 TG 1355/87 - juris; Schmidt/Kneip, HGO, § 50 Rn. 9]

und um Aufgaben handelt, die in die ausschließliche Kompetenz des Gemeindevorstands fallen),

[VG Gießen, U. v. 18.10.2002, NVwZ-RR 2003, 378; Schmidt, in: Rauber/Rupp/u.a., HGO, § 50 Erl. 3.2; Schmidt/Kneip, HGO, § 50 Rn. 11]

wobei das Fragerecht zu den Tagesordnungspunkten in der Sitzung der Gemeindevertretung nur so weit reicht, als es Angelegenheiten der Gemeinde zum Gegenstand hat.

[VGH Kassel, B. v. 25.5.1987 - 2 TG 1355/87 - juris; VG Gießen, U. v. 18.10.2002, NVwZ-RR 2003, 378; Schmidt, in: Rauber/Rupp/u.a., HGO, § 50 Erl. 3.2; Schmidt/Kneip, HGO, § 50 Rn. 9 m.w.N.]

Unzulässig sind beispielsweise Fragen zur Erforschung der Meinung des Gemeindevorstand/Bürgermeisters.

[Schmidt/Kneip, HGO, § 50 Rn. 9]

2. Schriftliche Anfragen zu jeglichen Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung und der Geschäftsführung des Gemeindevorstands mit Ausnahme der Erfüllung der Auftragsangelegenheiten i.S.d. § 4 Abs. 2 HGO (vgl.: § 50 Abs. 2 S. 1 HGO)
3. Anfragen aufgrund eines Beschlusses der Gemeindevertretung durch Übersendung von Ergebnisniederschriften der Sitzungen des Gemeindevorstands an den Vorsitzenden der Gemeindevertretung und die Vorsitzenden der Fraktionen

Zu 1.:

Mit dem Fragerecht nach vorstehender Ziff. 1 korrespondiert die Antwortpflicht des Gemeindevorstands/Bürgermeisters (§ 50 Abs. 2 S. 5 HGO).

[Schmidt, in: Rauber/Rupp/u.a., HGO, § 50 Erl. 3.2]

Die Beantwortung von Fragen liegt also nicht im Ermessen des Gemeindevorstands/Bürgermeisters. Verweigert er die Beantwortung, muss er die Verweigerung begründen und die von ihm für maßgeblich erachteten tatsächlichen und rechtlichen Gesichtspunkte darlegen.

[Schmidt/Kneip, HGO, § 50 Rn. 11 m.w.N.]

Eine bestimmte Form der Beantwortung schreibt die Hessische Gemeindeordnung nicht vor. In Betracht kommt daher grundsätzlich eine mündliche sowie eine schriftliche Beantwortung.

[VG Gießen, U. v. 28.10.2009 - 8 K 1861/08.GI - juris; Foerstemann, Die Gemeindeorgane in Hessen, S. 152]

Im Sinne einer Argumentation „auf der sicheren Seite“, d.h. zur Vermeidung von Rechtsstreitigkeiten, ist es jedoch nach hiesiger Auffassung geboten, die vorstehende Feststellung zum „ob“ der Beantwortung auf das „wie“ der Beantwortung - d.h. auf deren Form - zu übertragen. D.h.: Kann der Gemeindevorstand in der jeweiligen Sitzung nicht mündlich antworten (z.B. weil ihm die erforderlichen Informationen nicht präsent sind), sollte er dies begründen und die von ihm für maßgeblich erachteten tatsächlichen und rechtlichen Gesichtspunkte, die ihn von einer mündlichen Beantwortung abhalten, darlegen. Denn: Bliebe es dem Gemeindevorstand/Bürgermeister überlassen, über die Form der Antwort ohne Einschränkung zu bestimmen, dann würde das Fragerecht, das auf eine kurzfristige Beschaffung erforderlicher Informationen zu aktuellen Punkten der Tagesordnung abzielt, unter Umständen leerlaufen.

[ähnlich (wenn auch in anderem Zusammenhang): Sommer, in HSGZ 1989, 194 (199)]

Rechtsprechung zu dieser Frage ist jedoch nicht ersichtlich.

Zu 2.:

Im Falle schriftlicher Anfragen nach vorstehender Ziff. 2 ist es dem Gemeindevorstand/Bürgermeister freigestellt, mündlich oder schriftlich zu antworten. Denn hier gilt uneingeschränkt: Die Hessische Gemeindeordnung schreibt eine bestimmte Form für die Beantwortung von Anfragen nicht vor.

[VG Gießen, U. v. 28.10.2009 - 8 K 1861/08.GI - juris; Foerstemann, Die Gemeindeorgane in Hessen, S. 152]

Zu 3.:

Dem vorstehend unter Ziff. 3 dargestellten Recht kann der Gemeindevorstand naturgemäß nur durch Übersendung der angeforderten Niederschriften entsprechen.

2. Form der Beantwortung sonstiger (An-)Fragen

Es können (An-)Fragen aufkommen, die nicht unter das Fragerecht nach § 50 Abs. 2 HGO fallen. Zu nennen wären beispielsweise mündliche Anfragen jenseits der

Tagesordnung.

Auch möglich sind Anfragen in anderen Gremien/Foren als die Gemeindevertretung, z.B. in Bürgerfragestunden.

In diesen Fällen besteht keine Auskunftspflicht/Beantwortungspflicht des Bürgermeisters/Gemeindevorstands - mithin auch keine Pflicht, eine bestimmte Form einzuhalten.

In ersterem Fall ist festzuhalten, dass die Möglichkeiten der Überwachung der Gemeindeverwaltung in § 50 Abs. 2 u. 3 HGO nach hiesiger Auffassung abschließend geregelt sind. Diese Auffassung wird zumindest hinsichtlich des Fragerechts auch von der Rechtsprechung geteilt. So hat das VG Gießen entschieden:

„[...] Auskunfts- und Fragerechte sind in der Hessischen Gemeindeordnung abschließend geregelt [...]. In der Hessischen Gemeindeordnung ist das Problem der Auskunftsansprüche abschließend geregelt [...].“

[VG Gießen, U. v. 4.7.2001 - 8 E 2732/00 - juris]

Aus diesem Grunde besteht ferner auch bei Anfragen in anderen Gremien/Foren als die Gemeindevertretung keine Auskunftspflicht/Beantwortungspflicht. Stellt sich der Gemeindevorstand/Bürgermeister solchen Gremien/Foren, geschieht dies rein freiwillig - und frei in der Form.

Darmstadt, den 14.6.2013